

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) für den VerwaltungshUB

1. Allgemeines und Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Verträge zwischen Christian Dralle - DR Beratung & Management (im Folgenden "Anbieter") und dem Vertragspartner (im Folgenden "Nutzender") der Leistungen auf der bereitgestellten Plattform VerwaltungshUB. Diese AGB gelten nicht für Dienstleistungen anderer Art von Christian Dralle - DR Beratung & Management, sofern hierfür keine abweichenden oder ergänzenden Regelungen in diesen AGB vorgesehen sind.

Enthält der Vertrag Nutzungslizenzen für andere Personen („berechtigte Personen“), als den Nutzenden, so bleibt der Nutzende weiterhin der Vertragspartner für die von ihm beauftragte Anzahl von Nutzungslizenzen.

Verbraucher im Sinne dieser AGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB). Unternehmer im Sinne dieser AGB ist eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt (§ 14 BGB). Juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen gelten ebenfalls als Unternehmen im Sinne des § 14 BGB.

Im Interesse der Lesbarkeit wurde bei den vorliegenden AGB auf geschlechtsbezogene Formulierungen weitestgehend verzichtet. Selbstverständlich ist immer jede Person gemeint, auch wenn nur eines der Geschlechter angesprochen wird.

2. Vertragsschluss

Die Buchung der angebotenen Leistungen erfolgt in der Regel online über die bereitgestellte Plattform. Hierbei kann sich der Anbieter auch eines separaten Zahlungs- oder Buchungsanbieters bedienen, auf welchen entsprechend verwiesen wird. Absprachegemäß kann die Bestellung ersatzweise auch mittels anderer Kommunikationswege (E-Mail, Telefon, Brief) erfolgen. Durch Verwenden des Buttons „Jetzt kostenpflichtig bestellen“ oder durch eine Bestellung auf einem anderen Kommunikationsweg gibt der Nutzende ein bindendes Angebot zum Abschluss eines Vertrages ab. Gegenstand des Vertrages ist die im Warenkorb enthaltene Leistung oder, bei Bestellung auf anderem Wege, die angegebene Leistung.

Eine bloße Bestätigung des Eingangs der Bestellung durch den Anbieter stellt noch keinen Vertragsschluss bzw. keine Annahme des Angebots dar. Diese kommt erst zustande, wenn durch den Anbieter eine separate Annahmeerklärung erfolgt und durch diesen ein Nutzerkonto eingerichtet und für den Nutzer bzw. von ihm angegebene Personen freigeschaltet wurde. Für begleitete Entwicklungs- und Führungsprogramme nach Ziffer 12

kann die Einrichtung/Freischaltung des Nutzerkontos abweichend hiervon erst zum Programmbeginn erfolgen.

3. Leistungen des Anbieters

3.1 Verfügbarkeit der Plattform

Der Anbieter ist für die Zurverfügungstellung der Plattform verantwortlich und stellt die Erreichbarkeit an sieben Tagen der Woche für jeweils 24 Stunden sicher. Der Anbieter strebt eine Verfügbarkeit der Plattform von 98 % im Jahresmittel an.

Bei der Bestimmung von Ausfallzeiten, werden folgende Zeiten der Nichtverfügbarkeit nicht mitgerechnet:

- Das Fehlen von technischen Voraussetzungen zur Nutzung der Plattform auf Seiten des Nutzenden
- Störungen im Datenübertragungsnetz oder im Verantwortungsbereich des Datenübertragungsunternehmens
- Störungen der Telekommunikationsnetze, Stromausfälle oder sonstige Ausfälle aufgrund von höherer Gewalt
- Durchführung von Wartungsarbeiten
- Zeitweise Abschaltung der Plattform aus Sicherheitsgründen

Technische Mängel werden innerhalb einer angemessenen Frist behoben. Die Verantwortung des Anbieters beschränkt sich hierbei bis zum Übergabepunkt der Plattform zum Internet. Für die Systeme und Datenübertragungsleitungen des Nutzenden besteht keine Mangelbeseitigungspflicht seitens des Anbieters.

Erfolgt über die obenstehenden, nicht mitgerechneten Ausfallzeiten, ein Ausfall der Plattform von über 2 % im Jahresmittel, kann der Nutzende unter Nachweis der konkreten Ausfallzeiten eine anteilige Erstattung der Kurskosten geltend machen, über die im Einzelfall zu entscheiden ist.

Es obliegt dem Nutzenden, erkennbar auftretende Mängel, Störungen oder Schäden unverzüglich anzuzeigen.

Der Anbieter ist befugt, externe Dienstleister zur Erfüllung des Nutzungsvertrags heranzuziehen.

3.2 Einrichtung von Nutzungslizenzen

Die Einrichtung der Nutzungslizenzen bzw. Nutzendenkonten erfolgt durch den Anbieter. Bei der Buchung von Einzellizenzen wird beim Buchungsvorgang angegeben, für wen die Nutzungslizenz eingerichtet werden soll (Vorname, Nachname, E-Mailadresse). Werden keine separaten Daten angegeben, erfolgt die Einrichtung auf den Namen des Bestellenden. Bei der Einrichtung von 10 oder mehr Nutzungslizenzen erfolgt die Meldung durch den Nutzenden mittels einer vom Anbieter auf Anfrage bereitgestellten Tabelle.

3.3 Inhalte

Die nachfolgenden Regelungen in Ziffer 3.3 gelten für die standardisierten Online-Kurse und Schulungen auf der Plattform VerwaltungshUB. Regelungen in dieser Ziffer, die die technische Bereitstellung, Änderung, Wartung oder den urheberrechtlichen Schutz von Plattforminhalten betreffen, gelten entsprechend auch für digitale Leistungsbestandteile begleiteter Entwicklungs- und Führungsprogramme nach Ziffer 12.

Der Anbieter bietet verschiedene Leistungen an. Bei den Schulungen handelt es sich nicht um Liveschulungen, es sei denn, dies ist explizit angegeben. Die angebotenen Schulungen stellen kein bindendes Angebot des Anbieters dar. Dem Kunden wird die Möglichkeit gegeben, seinerseits ein verbindliches Angebot zum Abschluss eines Nutzungsvertrages abzugeben.

Die Leistung variiert je nach gebuchter Variante. Die genauen Inhalte und Kosten der Schulungen sind auf der Plattform beschrieben.

Die vom Anbieter angebotenen Online-Kurse stellen keinen Fernunterricht im Sinne des Fernunterrichtsschutzgesetzes (FernUSG) dar. Es findet ausdrücklich keine individuelle inhaltliche Betreuung oder fachliche Rückmeldung zu Kursinhalten statt.

Der Anbieter stellt standardisierte, digital abrufbare Kursinhalte zur Verfügung, die von den Kunden eigenständig genutzt werden können. Enthaltene Prüfungen sind standardisiert und werden automatisiert durchgeführt. Eine individuelle Bewertung oder Rückmeldung zu den Prüfungsergebnissen erfolgt ausdrücklich nicht.

Die Beantwortung organisatorischer oder technischer Fragen, z. B. zur Nutzung der Plattform, kann erfolgen.

Der Anbieter behält sich das Recht vor, Inhalte der Plattform jederzeit zu ändern. Insbesondere den Umfang der Plattform angemessen zu reduzieren, soweit ein triftiger Grund dafür besteht.

Der Anbieter behält sich zudem insbesondere Änderungen zur Anpassung der Plattform an den Stand der Technik, Änderungen zur Optimierung der Plattform, insbesondere zur Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit, sowie Änderungen an Inhalten vor, insbesondere wenn Letztere zur Korrektur von Fehlern, zur Aktualisierung und Vervollständigung, zur programmtechnischen Optimierung oder aus lizenzrechtlichen Gründen erforderlich sind.

Führt eine solche Änderung zu einer nicht nur unerheblichen Beeinträchtigung der Zugriffsmöglichkeit bzw. der Nutzung durch den Nutzenden, kann dieser unter den Voraussetzungen des § 327r BGB kündigen. Das Kündigungsrecht kann innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Eintritt der Änderung ausgeübt werden.

Auf die auf der Plattform enthaltenen kostenfreien Schulungsvideos besteht keinerlei rechtlicher Anspruch. Es handelt sich um eine freiwillige Zusatzleistung. Diese Schulungsvideos können vom Anbieter nach Belieben ergänzt, erweitert, verändert oder gelöscht werden und führen nicht zu einem Kündigungsrecht nach § 327r BGB.

Der Anbieter übt bei der Gestaltung der Plattform die übliche Sorgfalt aus. Die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Inhalte können jedoch nicht gewährleistet werden.

Alle Inhalte der Plattform, auch Dokumente, die per Download zur Verfügung stehen, verbleiben im geistigen Eigentum des Anbieters und unterliegen dem Urheberrecht.

3.4 Support

Der Support steht den Nutzenden bei technischen und inhaltlichen Fragen zur Verfügung. Die Erreichbarkeit wird über die E-Mailadresse info@verwaltungsHUB.de sichergestellt. Es wird eine Antwortzeit von 3 Werktagen angestrebt.

4. Nutzungsrechte und -pflichten

Der Nutzungsvertrag besteht aus der mit der Bestellung des Nutzenden korrespondierenden Auftragsbestätigung sowie diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Der Nutzende erhält nach Vertragsschluss das vertraglich vereinbarte, einfache, nicht ausschließliche, nicht übertragbare und auf die Dauer von einem Jahr befristete Nutzungsrecht der gebuchten Inhalte auf der Plattform. Die Dauer des Nutzungsrechtes kann vertraglich abweichend vereinbart werden.

Eine gebuchte Schulung darf maximal auf zwei unterschiedlichen (mobilen) Geräten abgespielt werden, um einen Missbrauch der Nutzungslizenz zu verhindern. Die gebuchte Schulung kann im Zeitraum von einem Jahr ab Vertragsschluss genutzt werden, sofern nicht abweichend vereinbart.

Für die Bereitstellung der notwendigen technischen Voraussetzungen zur Nutzung der Plattform, insbesondere der erforderlichen Soft- und Hardware (z. B. Internetbrowser) sowie Zugangs- und Übertragungsleistungen ist der Nutzende auf eigene Kosten verantwortlich.

Im Falle der Weiterentwicklung des Plattformsystems obliegt es dem Nutzenden, nach Information durch den Anbieter die notwendigen Anpassungsmaßnahmen bei der von ihm eingesetzten IT-Infrastruktur vorzunehmen.

Bucht ein Nutzender mehrere Nutzungslizenzen ist ausschließlich die per gebuchter Variante festgelegte und vom Nutzenden namentlich benannte Anzahl an Personen zur Nutzung berechtigt. Eine Weitergabe der Zugangsdaten an Dritte und die unberechtigte Nutzung durch diese darf nicht erfolgen. Der Nutzende muss gewährleisten, dass die berechtigten Personen dieser Verpflichtung ebenfalls nachkommen.

Der Nutzende haftet für einen von ihm zu vertretenden Missbrauch. Der Anbieter behält sich die Geltendmachung von Schadensersatz vor.

Der Nutzende ist verpflichtet, die berechtigten Personen auf die geltenden AGB hinzuweisen und deren Einhaltung sicherzustellen.

Das Nutzungsrecht beinhaltet die einmalige Sichtung der gebuchten Schulungen, den Download und das Abspeichern der dazugehörigen Dokumente, das einmalige Drucken der Dokumente. Eine Vervielfältigung der Dokumente oder die Weitergabe der Dokumente an Dritte ist nur nach vorheriger Zustimmung des Anbieters zulässig.

Dokumente enthalten gegebenenfalls ein Wasserzeichen oder Ähnliches mit den Daten des Anbieters zum Schutz vor illegaler Vervielfältigung. Marken, Firmenlogos, sonstige Kennzeichen oder Schutzvermerke, Urhebervermerke, Seriennummern sowie sonstige der Identifikation dienende Merkmale dürfen weder im elektronischen Format noch in Ausdrucken entfernt oder verändert werden.

Jede darüberhinausgehende Nutzung, insbesondere das Verbreiten, öffentliche Zugänglichmachen, Vermieten, Verpachten oder Verleihen von Inhalten der auf der Plattform zur Verfügung gestellten Inhalte, sowohl in ausgedruckter als auch in Dateiform, ist unzulässig.

Der Anbieter behält sich die Nutzung seiner Inhalte für kommerzielles Text- und Data Mining (TDM) im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Das umfasst insbesondere den systematischen automatisierten Abruf von Dokumenten und Nutzungslisten, das Erstellen systematischer Sammlungen aus abgerufenen Dokumenten, die systematische Weitergabe von Dokumenten oder deren systematische Zugänglichmachung an Dritte sowie die Nutzung der Inhalte zum Zweck der geschäftsmäßigen Informationsvermittlung (Recherche und Dokumentabruf im Auftrag eines Dritten).

Es ist untersagt, die Inhalte für die Entwicklung von Softwareprogrammen zu verwenden, einschließlich, aber nicht beschränkt auf das Training eines Systems für maschinelles Lernen oder künstliche Intelligenz (KI).

Der Nutzende ist verpflichtet, dem Anbieter auf sein Verlangen hin schriftlich Auskunft über Art und Umfang der Nutzung der Leistung zu erteilen, wenn objektiv nachvollziehbare Anhaltspunkte für eine vertragswidrige Nutzung, insbesondere für eine Übernutzung, vorliegen. Sonstige Rechte und Ansprüche des Anbieters bei vertragswidriger Nutzung bleiben unberührt.

Handelt es sich beim Nutzenden um einen Unternehmer, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen und kommt dieser der Auskunftspflicht nicht nach, ist der Anbieter berechtigt, die mutmaßlich entgangene Vergütung nach billigem Ermessen zu schätzen; §§ 315 ff. BGB finden Anwendung. Dies gilt nicht, wenn der Nutzende die unterbliebene Auskunft nicht zu vertreten hat.

5. Zahlungsbedingungen

Die Kosten für die Inhalte sind auf der Plattform angegeben und werden in der Auftragsbestätigung aufgelistet. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist, sofern nicht anders angegeben, in den angegebenen Preisen in Euro bereits enthalten. Die Zahlung erfolgt durch die vom Anbieter auf der Plattform genannten, akzeptierten Zahlungsmethoden.

Eine Zahlung mittels Rechnung ist möglich. Die Rechnung wird zum Zeitpunkt ihres Zugangs zur Zahlung ohne Abzug fällig. Die Zahlung erfolgt binnen 14 Tagen nach Rechnungsstellung.

Nach dieser Frist tritt Verzug ohne weitere Zahlungsaufforderung ein. Gerät der Nutzende in Verzug, ist der Anbieter berechtigt einen Bearbeitungsaufwand sowie Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe zu fordern.

Erweist sich eine Rechnung als unzustellbar und kommt es deswegen zu einem Zahlungsverzug, so ist der Anbieter berechtigt, den Zugang des Nutzensenden so lange zu sperren, bis ihm der Nutzende die aktuelle Anschrift mitgeteilt hat.

Der Anbieter darf nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderungen aufrechnen; im Übrigen ist die Aufrechnung ausgeschlossen. Ist der Nutzende kein Verbraucher, ist er zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts nur befugt, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder unbestritten sind.

Der Anbieter behält sich vor, Preise in angemessenem Umfang und in angemessenen Zeitabständen zu erhöhen. Neue, höhere Preise gelten nur hinsichtlich neu abzuschließender Verträge. Die bereits geschlossenen Verträge bleiben davon unberührt.

6. Widerrufsrecht

Für Unternehmen im Sinne von § 14 BGB gilt das Widerrufsrecht nach § 312g BGB nicht.

Für Verbraucher nach § 13 BGB gelten die folgenden Bestimmungen:

Nutzende haben grundsätzlich das Recht, ihre Buchung innerhalb von 14 Tagen (Widerrufsfrist) ohne Angabe von Gründen zu widerrufen. Der Widerruf muss schriftlich per E-Mail an info@verwaltungsHUB.de erfolgen. Die Widerrufsfrist beginnt mit Zustandekommen des Vertrags, somit mit der Bestätigung durch den Anbieter.

Dieses Widerrufsrecht erlischt jedoch, wenn mit der Ausführung der Dienstleistung vor Ablauf der Widerrufsfrist begonnen wird. Dies ist der Regelfall, da direkt nach Vertragsschluss die Einrichtung eines Nutzerkontos erfolgt und damit der Zugang zu den Inhalten möglich ist.

Der Nutzende muss ausdrücklich zustimmen, dass der Anbieter vor Ablauf der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Dienstleistung beginnt und dass er Kenntnis vom Erlöschen seines Widerrufsrechtes hat.

7. Stornierung

Nach Ablauf der Widerrufsfrist ist eine Erstattung des vertraglich geschuldeten Betrags nicht mehr möglich.

8. Gewährleistung und Haftung

Für Vermögensschäden hat der Anbieter eine entsprechende Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 1 Mio. EUR abgeschlossen. Der Anbieter haftet nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen:

8.1 Für Verbraucher gelten folgende Bestimmungen:

Der Anbieter gewährleistet, dass die digitalen Dienstleistungen frei von Sach- und Rechtsmängeln sind. Es gelten die gesetzlichen Gewährleistungsrechte nach §§ 327 ff. BGB. Mängel müssen vom Verbraucher unverzüglich nach Entdeckung gemeldet werden. Der Anbieter wird daraufhin die Mängel innerhalb einer angemessenen Frist beheben.

Der Anbieter haftet unbeschränkt für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung des Anbieters oder eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Anbieters beruhen.

8.2 Für Unternehmen gelten die folgenden Bestimmungen:

Die Gewährleistungsfrist beträgt 12 Monate ab Bereitstellung der digitalen Dienstleistung.

Der Unternehmer (Nutzender) ist verpflichtet, erkennbare Mängel unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 7 Tagen nach Bereitstellung der digitalen Dienstleistung, in Textform (E-Mail) anzuzeigen. Verdeckte Mängel sind innerhalb von 7 Tagen nach Entdeckung in Textform (E-Mail) anzuzeigen.

Der Anbieter haftet für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen nur, sofern diese eine wesentliche Vertragspflicht (Kardinalpflicht) betreffen. Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist die Haftung des Anbieters auf den typischerweise vorhersehbaren Schaden begrenzt.

Für den Verlust von Daten und/oder Programmen haftet der Anbieter insoweit nicht, als der Schaden darauf beruht, dass es der Unternehmer unterlassen hat, angemessene Vorsorgemaßnahmen zur Datensicherung zu treffen und dadurch sicherzustellen, dass verlorene Daten mit vertretbarem Aufwand wiederhergestellt werden können.

Der Anbieter haftet nicht für die einfache oder leicht fahrlässige Verletzung unwesentlicher Vertragspflichten, die Haftung begrenzt sich auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

In Abgrenzung zu den unwesentlichen Vertragspflichten sind wesentliche Vertragspflichten solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglichen und auf deren Einhaltung der Nutzende regelmäßig vertrauen darf.

Bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten beschränkt sich die Haftung des Anbieters auf den vorhersehbaren, vertragstypischen, unmittelbaren Schaden. Die Haftung ist in solchen Fällen auf die oben genannte Deckungssumme der Vermögensschadenshaftpflichtversicherung beschränkt. Diese kann im Einzelfall auf Verlangen des Nutzenden gegen Erstattung der Versicherungsmehrkosten erhöht werden.

Eine weitergehende Haftung des Anbieters auf Schadensersatz ist ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des geltend gemachten Anspruches ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für Schadensersatzansprüche wegen sonstiger Pflichtverletzungen oder wegen deliktischer Ansprüche auf Ersatz von Sachschäden.

Für technische Mängel außerhalb des Einflussbereiches des Anbieters übernimmt der Anbieter keine Haftung.

Alle Ansprüche des Nutzens (z.B. Nichterfüllung, Unmöglichkeit, Verzug, Verschulden bei Vertragsschluss oder Nebenpflichtverletzung) unterliegen der Verjährung. Die Verjährungsfrist beträgt 6 Monate ab Entstehung des Anspruchs und Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Nutzens von dem Anspruch begründenden Umständen; sie beträgt 1 Jahr ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis von der Entstehung des Anspruches an. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

Für die digitalen Produkte besteht das gesetzliche Mängelhaftungsrecht.

9. Sperrung von Nutzerkonten

Der Anbieter behält sich vor, einzelne Nutzerkonten vorläufig oder endgültig zu sperren, wenn der Verdacht besteht oder bereits feststeht, dass der Nutzende oder berechtigte Personen gegen gesetzliche Vorschriften oder in erheblicher Weise gegen diese AGB verstoßen, Rechte Dritter verletzen oder der Anbieter in sonstiger Weise ein berechtigtes Interesse an der Sperrung hat. Ein berechtigtes Interesse an einer Sperrung eines Nutzerkontos hat der Anbieter, wenn die Sperrung zum Schutz eines oder mehrerer anderer Nutzender oder berechtigter Personen erforderlich ist, insbesondere dann, wenn der Verdacht besteht, dass das Konto zu betrügerischen oder sonst nicht nur unerheblich schädigenden Aktivitäten eingesetzt wird oder der Nutzende bzw. die berechtigte Person falsche Kontaktdaten angegeben hat (Verdachtsgründe). Die Sperrung wird auf das erforderliche Maß beschränkt. Eine endgültige Sperrung des Nutzerkontos erfolgt nur bei besonders schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen. Der Nutzende wird über die Sperrung unter Angabe der Gründe unverzüglich unterrichtet. Die Sperrung ist rückgängig zu machen, sobald der Verdachtsgrund entkräftet ist.

Der Nutzende sowie die berechtigten Personen sind zur Mitwirkung verpflichtet und haben, soweit möglich, Auskünfte zu erteilen.

Bei Missbrauch von Nutzungslizenzen oder sonstigen oben genannten Missbräuchen, die die Sperrung aller Nutzerkonten bzw. Nutzungslizenzen des Nutzens nötig machen, um höhere wirtschaftliche Ausfälle oder sonstige Gefahren für das geistige Eigentum des Anbieters zu verhindern, ist dies zulässig. Der Nutzende wird über diese Maßnahme vorab informiert und über die beabsichtigte Sperrung in Kenntnis gesetzt. Dem Nutzens wird Gelegenheit zur Abhilfe innerhalb einer angemessenen Frist gegeben. Dies gilt nicht bei Gefahr in Verzug.

Erlangt der Nutzende oder die berechtigten Personen Kenntnis von einem Missbrauch der Nutzungslizenzen, sind sie verpflichtet, den Anbieter unverzüglich zu informieren.

10. Laufzeit und Kündigung

Die gebuchten Inhalte stehen ein Jahr ab Vertragsschluss zur Verfügung, sofern nicht anderweitig vereinbart. Eine Kündigung nach Auslaufen des vereinbarten Zeitraums ist nicht notwendig. Es erfolgt eine automatische Sperrung des jeweiligen Schulungsinhaltes. Das

Nutzungskonto bleibt weiterhin bestehen. Die Nutzung von kostenlosen Inhalten ist weiterhin möglich.

Das Recht beider Parteien zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund sowie ein etwaiges Widerrufsrecht des Nutzenden bleiben davon unberührt.

11. Datenschutz

Der Anbieter verarbeitet die personenbezogenen Daten der Nutzenden gemäß den geltenden Datenschutzbestimmungen. Nähere Informationen sind in der Datenschutzerklärung des Anbieters enthalten.

12. Besondere Bedingungen für begleitete Entwicklungs- und Führungsprogramme

12.1 Geltungsbereich und Vorrang

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten ergänzend für kostenpflichtige begleitete Entwicklungs- und Führungsprogramme des Anbieters, die aus mehreren Leistungsbestandteilen bestehen und bei denen digitale Inhalte ergänzend über die Plattform VerwaltungshUB bereitgestellt werden.

Soweit diese besonderen Bedingungen von den übrigen Regelungen dieser AGB abweichen, haben sie Vorrang.

12.2 Art der Leistung

Die Programme sind als begleitete Entwicklungsprozesse konzipiert und können beispielsweise begleitende Live-Formate, kollegialen Austausch in Gruppen, individuelle Coaching- oder Reflexionsformate sowie ergänzende digitale Inhalte umfassen.

Digitale Inhalte dienen ausschließlich der Unterstützung des Entwicklungsprozesses und treten gegenüber den interaktiven und begleitenden Formaten in den Hintergrund.

Die Programme dienen der beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung. Ein bestimmter Lernerfolg, beruflicher Erfolg oder eine konkrete Veränderung im Arbeitsumfeld wird nicht geschuldet.

12.3 Durchführung und Inhalte

Die inhaltliche Ausgestaltung, der zeitliche Ablauf sowie Art und Umfang der einzelnen Leistungsbestandteile ergeben sich aus der jeweiligen Programmbeschreibung. Änderungen im Ablauf oder bei einzelnen Terminen bleiben vorbehalten, sofern der Gesamtcharakter des Programms erhalten bleibt. Dies gilt insbesondere bei notwendigen Anpassungen aus organisatorischen, technischen oder krankheitsbedingten Gründen; der Anbieter wird in diesen Fällen zumutbare Alternativen anbieten.

Soweit für den kollegialen Austausch oder begleitende Formate digitale Kommunikations- oder Kollaborationstools (z. B. Microsoft Teams) durch den Anbieter bereitgestellt werden, erfolgt dies als organisatorische Unterstützung.

Der Anbieter schuldet nicht die dauerhafte Verfügbarkeit oder Funktionsfähigkeit dieser Tools.

Es steht den Teilnehmenden frei, für den Austausch untereinander alternative Tools oder Kommunikationswege zu nutzen. Erfolgt der Austausch über solche externen Systeme, geschieht dies eigenverantwortlich und außerhalb des Verantwortungs- und Einflussbereichs des Anbieters.

Soweit individuelle Termine (z. B. Coachings) Bestandteil eines Programms sind, erfolgt die Terminvereinbarung nach Verfügbarkeit. Der Anbieter wird zumutbare Ausweichtermine anbieten; ein Anspruch auf einen Termin zu einem bestimmten Zeitpunkt besteht nicht.

12.4 Laufzeit und Zugriff

Der Zugang zu den Programminhalten ist zeitlich auf die jeweils vereinbarte Programmlaufzeit beschränkt, sofern es sich nicht um eine fortlaufende Betreuung handelt. Ein darüberhinausgehender Anspruch auf fortdauernden Zugriff besteht nicht, sofern nichts Abweichendes vereinbart wurde.

Der Vertrag über ein begleitendes Entwicklungs- oder Führungsprogramm kommt mit der Annahme der Buchung durch den Anbieter zustande.

Die Einrichtung des Zugangs zu digitalen Inhalten oder Plattformbereichen erfolgt programmspezifisch und kann zeitlich vom Vertragsschluss abweichen. Dies gilt insbesondere bezogen auf den offiziellen Start des jeweiligen Programms.

Ein Anspruch auf einen früheren Zugang besteht nicht.

12.5 Mindestteilnehmendenzahl

Die Durchführung der Programme kann von einer Mindestteilnehmendenzahl abhängig sein. Wird diese nicht erreicht, ist der Anbieter berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Bereits geleistete Zahlungen werden in diesem Fall vollständig erstattet.

Weitergehende gesetzliche oder in diesen AGB geregelte Rücktritts- oder Kündigungsrechte bleiben unberührt.

12.6 Widerrufsrecht für Verbraucher

Sofern Teilnehmende das Programm als Verbraucher im Sinne des § 13 BGB buchen, steht ihnen ein gesetzliches Widerrufsrecht gemäß Nr. 6 dieser AGB zu.

Die Widerrufsfrist beginnt mit dem Vertragsschluss.

Ein Widerrufsrecht erlischt in der Regel nicht vorzeitig, da die Leistungserbringung bei Programmen regelmäßig erst zu einem späteren Zeitpunkt beginnt.

Das in Ziffer 12.7 geregelte Stornorecht stellt für Verbraucher keine zusätzliche Rücktrittsmöglichkeit dar, sondern entspricht der gesetzlichen Widerrufsfrist.

12.7 Stornierung

Abweichend von Nr. 7 dieser AGB kann der Vertrag über ein begleitendes Entwicklungs- oder

Führungsprogramm einheitlich innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsschluss kostenfrei storniert werden, sofern das Programm noch nicht begonnen hat.

Als Programmbeginn gilt der in der Programmbeschreibung ausgewiesene offizielle Starttermin.

Nach Ablauf dieser Frist ist eine Stornierung grundsätzlich ausgeschlossen.

Bei Nichtinanspruchnahme einzelner Leistungsbestandteile oder bei vorzeitigem Abbruch besteht kein Anspruch auf (anteilige) Erstattung.

12.8 Personenbezogene Teilnahme

Die Teilnahme an den Programmen ist personenbezogen. Ein Anspruch auf Austausch der teilnehmenden Person besteht nicht. In begründeten Ausnahmefällen kann nach vorheriger Zustimmung des Anbieters eine geeignete Ersatzperson benannt werden.

12.9 Abgrenzung zu Therapie und Beratung

Die Programme stellen keine medizinische, psychotherapeutische oder heilkundliche Behandlung dar und ersetzen diese nicht.

12.10 Datenschutz

Live-Formate können zu Dokumentations- und Lernzwecken aufgezeichnet werden. Die Teilnehmenden werden vor Beginn einer Aufzeichnung hierüber informiert. Eine Aufzeichnung durch Teilnehmende ist untersagt.

Im Rahmen der Programme kann ein Austausch zwischen Teilnehmenden vorgesehen sein. Nähere Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere zur Nutzung externer Kommunikations- und Kollaborationstools, ergeben sich aus den Datenschutzhinweisen des Anbieters.

Den Teilnehmenden kann eine Übersicht über andere Teilnehmende zur Verfügung gestellt werden, insbesondere zur Förderung von Austausch, Vernetzung und kollegialer Zusammenarbeit.

Diese Übersicht kann dienstliche Kontaktdaten wie Vor- und Nachname, Organisation, dienstliche E-Mail-Adresse sowie dienstliche Telefonnummer enthalten und ist ausschließlich für Teilnehmende des jeweiligen Programms zugänglich.

Die Verarbeitung und Sichtbarmachung dieser Daten erfolgt im Rahmen der Programmdurchführung. Die bereitgestellten Kontaktdaten dürfen ausschließlich zur programminternen Vernetzung und Zusammenarbeit genutzt und nicht an Dritte weitergegeben oder zu werblichen Zwecken verwendet werden.

13. Änderung der AGB

Der Anbieter behält sich vor, diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu ändern, soweit dies erforderlich ist und die Nutzenden hierdurch nicht unangemessen benachteiligt werden.

Änderungen, die bestehende Vertragsverhältnisse wesentlich betreffen, werden den Nutzenden in Textform (z. B. per E-Mail) spätestens vier Wochen vor ihrem geplanten Inkrafttreten mitgeteilt.

Reine Klarstellungen, redaktionelle Anpassungen oder Ergänzungen im Zusammenhang mit neuen, optionalen Leistungsangeboten können ohne gesonderte Mitteilung erfolgen.

Für Verbraucher gilt:

Der Nutzende hat das Recht, den Änderungen innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Mitteilung in Textform (z. B. per E-Mail) zu widersprechen. Änderungen, die wesentliche Vertragsbestandteile betreffen oder das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung erheblich verändern, bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Nutzenden. Widerspricht der Nutzende nicht innerhalb der genannten Frist und handelt es sich nicht um eine wesentliche Änderung, gelten die Änderungen als angenommen.

Für Unternehmer gilt:

Der Nutzende hat das Recht, den Änderungen innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang der Mitteilung in Textform (z. B. per E-Mail) zu widersprechen. Widerspricht der Nutzende den Änderungen nicht innerhalb dieser Frist, gelten die Änderungen als angenommen.

Widerspricht der Nutzende den Änderungen fristgerecht, gelten für den laufenden Vertrag weiterhin die ursprünglichen AGB, es sei denn, die Änderungen sind gesetzlich oder aus sicherheitstechnischen Gründen zwingend erforderlich. In einem solchen Fall hat der Anbieter das Recht, den Vertrag außerordentlich zu kündigen.

Die geänderten AGB gelten ab dem mitgeteilten Zeitpunkt für alle neuen Verträge sowie für bestehende Verträge, sofern der Nutzende den Änderungen nicht widersprochen hat und die Änderungen nicht die wesentlichen Vertragspflichten betreffen.

14. Schlussbestimmungen/ Salvatorische Klausel

Abweichende oder ergänzende Geschäftsbedingungen des Nutzenden werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, der Anbieter hat ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt.

Es gilt deutsches Sachrecht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

Erfüllungsort für alle Leistungen ist der Sitz des Anbieters.

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem Vertrag (auch solche im Urkunds- und Wechselprozess und im Mahnverfahren) ist der Sitz des Anbieters. Ist der Nutzende Verbraucher, wird ebenfalls der Sitz des Anbieters vereinbart, falls der Nutzende zur Zeit der Klageerhebung keinen Gerichtsstand in Deutschland hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt und oder seinen Wohnsitz außerhalb Deutschlands hat oder dorthin verlegt hat oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt nicht bekannt ist.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt.

Stand: 09.02.2026